

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Information über Regenwasserleitungen
3. Sachstand zur Schmutzwasserleitung
4. Sachstand zum Winterdienst / zur Straßenreinigungssatzung
5. Fragen zur Verwaltungsstrukturreform
Antworten: Frau Söller-Winkler und Herr Petersen vom Innenministerium
6. Weitere Fragen

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 1**Begrüßung**

BGM Runge begrüßt die zahlreichen Besucher sowie die Vertreter der umliegenden Gemeinden und bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Außerdem stellt BGM Runge Frau Söller-Winkler und Herrn Petersen vom Innenministerium vor. Des Weiteren begrüßt er Frau Saggau von der Kommunalaufsicht des Kreises Plön, die Teilnehmer von der Presse, Herrn AV Leonhardt und besonders Herrn BGM Paustian und die Stadtvertreter der Stadt Plön.

TOP 2**Information über Regenwasserleitungen**

BGM Runge informiert über Folgendes:

In der Gemeinde sind 16,5 km Regenwasserleitungen verlegt. Es gibt drei Vorölabscheider. Diese müssen regelmäßig gewartet werden. Laut SüVO muss das Kanalkataster bis 2012 aufgestellt werden. Nach einem Angebot der Stadt Plön wird dieses voraussichtlich Kosten von rd. 100.000 € verursachen.

Von den Anwesenden werden keine Fragen gestellt.

TOP 3**Sachstand zur Schmutzwasserleitung**

BGM Runge berichtet:

- Das Schmutzwasser der Gemeinde wird nach Plön geleitet. Die gefährlichen Stellen in der Schmutzwasserleitung in der neuen Heimat werden beseitigt. Die Investitionen hierfür verdoppeln sich voraussichtlich.
- Das Pumpwerk Karperbeek wird erneuert und digitalisiert.
- Für das Pumpwerk Vogelsang wird ein Notstromaggregat angeschafft.
- Auf der letzten Sitzung des Planungs- und Bauausschusses wurde eine Präsentation über den Sachstand der Schmutzwasserleitungen vorgestellt.

Von den Anwesenden werden keine Fragen gestellt.

TOP 4**Sachstand zum Winterdienst / zur Straßenreinigungssatzung**

BGM Runge weist darauf hin, dass die Anlieger nach der aktuellen Straßenreinigungssatzung den Fußweg und die Hälfte der Straße (bis zum Mittelstreifen) zu reinigen und zu streuen haben. Es ist nicht ausschließlich Aufgabe der Gemeinde, die Straßen zu räumen.

Derzeit herrscht Salzknappheit; seit drei Wochen ist kein Streusalz mehr zu bekommen. Streusand ist noch ausreichend vorhanden. Es wird so gut wie möglich mit dem Sand und den Salzresten gestreut.

Von den Anwesenden werden keine Fragen gestellt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 6**Weitere Fragen**

Udo Gärtner äußert, dass das Schreiben vom Ministerpräsidenten bezüglich des Bahnhaltepunktes Ascheberg nicht zufriedenstellend ist. Ascheberg soll nicht abgekoppelt werden. Wie ist das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit geplant?

BGM Runge teilt mit, dass bereits mehrere Schreiben an das Innenministerium gesandt wurden. Trotz aller Argumente kommt jedoch keine Regung aus Kiel.

Udo Gärtner stellt fest, dass somit also keine weiteren Aktionen geplant sind.

BGM Runge führt aus, dass alle Anregungen vorgebracht wurden. Es bestehen keine weiteren Ideen. Es bewegt sich nichts.

Udo Gärtner bittet darum, die Angelegenheit nicht aus den Augen zu verlieren, gegebenenfalls sollte nochmals nachgehakt werden. Begründungen bezüglich der Fahrgastzahlen vom Innenministerium stimmen nicht.

BGM Runge berichtet, Ascheberg hat bessere Zahlen als Raisdorf.

Udo Gärtner hält das ganze Vorgehen für planlos und unwissend zusammengewürfelt.

TOP 5**Fragen zur Verwaltungsstrukturreform****Antworten: Frau Söller-Winkler und Herr Petersen vom Innenministerium**

BGM Runge führt aus, dass die Amtsumlage zu hoch ist. In der weiteren Entwicklung sind bald 500.000 € jährlich zu erwarten. Zudem hat Ascheberg als größter Zahler offensichtlich bei den Gesprächen mit Plön kein Mitspracherecht, da Ascheberg beim Amtsausschuss nicht beteiligt wurde. Aber der Gemeinde steht das Recht zu, sich durch das Einholen von Angeboten schlau zu machen.

Frau Söller-Winkler erläutert kurz, warum das Innenministerium nur beratend involviert ist. Zu Beginn wurde angestrebt, das Amt eventuell durch Verhandlungen mit der Stadt Plön zu vergrößern. Die Gemeinden Ascheberg und Bösdorf verfolgen nun die Idee eines Amtsaustrittes. Das Innenministerium muss in solchen Fällen das große Ganze sehen. Die Ausamtung steht eigentlich als letztes Ultimatum am Ende von gescheiterten Verhandlungen. Eine Ausamtung ist nicht allein von der Gemeinde zu entscheiden. Das Innenministerium hat viel mit zu entscheiden. Eine Ausamtung wird aber sicherlich kein „Selbstgänger“; diese wird zwar unter Umständen ein besseres finanzielles Ergebnis für die Gemeinde selbst bedeuten, nicht aber für das ganze Amt. Das Innenministerium befürwortet nicht alle Entscheidungen.

Herr Petersen erläutert kurz die rechtlichen Grundlagen zu der Verwaltungsstrukturreform. Das Kommunalverfassungsrecht sieht für eine Zusammenarbeit acht Möglichkeiten. Diese acht Möglichkeiten sind in drei Säulen zu unterteilen:

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Säule 1: Amtslösung

Säule 2: Verwaltungsgemeinschaften

Säule 3: Aufgabenbezogene Kooperationen

Säule 1

- I. - alle Gemeinden stehen auf Augenhöhe
 - beispielsweise Leitung durch einen Amtsdirektor
 - alle Gemeinden werden ehrenamtlich verwaltet, auch die Stadt Plön
 - die Stadt Plön kann trotzdem weiterhin einen hauptamtlichen BGM haben
- II. - Leitung ohne Amtsdirektor
 - weiterhin ein ehrenamtlicher Amtsvorsteher
 - Bosau und Plön werden ehrenamtlich verwaltet
- III. - Geschäftsführungsmodell wie bisher
 - für Bosau und Plön ändert sich nichts
 - die Stadt Plön verliert ihre Hauptamtlichkeit
- IV. - Geschäftsführung wird an Plön gegeben
 - die Stadt Plön bleibt hauptamtlich
 - die Gemeinde Bosau wird ehrenamtlich
 - der hauptamtliche BGM der Gemeinde Bosau bleibt bis zum Ende der Amtszeit

Säule 2

- I. - das Amt übernimmt die Verwaltung von der Stadt Plön
 - Amtsdirektor oder Amtsvorsteher sind denkbar
 - hauptamtliche Verwaltung durch das Amt
- II. - die Stadt Plön übernimmt die Verwaltung des Amtes
 - Plön behält die Hauptamtlichkeit, das Amt ist ehrenamtlich

Säule 3

- I. - einzelne Aufgaben werden mit Trägerschaft übergeben
- II. - einzelne Aufgaben werden nur zum Vollzug übertragen

GV Pieters erläutert, dass von der Stadt Plön zwei Angebote angefordert wurden. Einmal für die Variante der Verwaltungsgemeinschaft und einmal für die Variante des Zusammenschlusses. Der Amtsausschuss hat dieses abgelehnt. Fraglich ist, ob ein solcher Beschluss überhaupt rechtens ist. Die konkrete Frage an das Innenministerium ist, welche Faktoren bei dem Modell der Ausamtung überhaupt bewertet werden.

Frau Söller-Winkler führte aus, dass zunächst einmal ein solcher Beschluss des Amtsausschusses nach den geschilderten Aspekten nicht unrechtmäßig ist. Zu den Faktoren kann gesagt werden, dass es keine prozentualen Messwerte gibt. Es muss zum Beispiel auf die Verflechtungsbeziehungen geachtet werden. Grundlage ist das Ziel des Gesetzgebers für die Verwaltungsstrukturreform. Dieses ist, Ämter zu vergrößern und zu stärken. Ascheberg ist eine große Gemeinde und wird unter Umständen bei einem Austritt den Zweck der Reform nehmen. Bei einer Bewilligung für Ascheberg und Bösdorf würde beim Amt

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

gerade noch die 8.000-Einwohner-Marke gehalten werden. Es müsste eine Gesamtbewertung folgen. Konkretere Aussagen können nicht getroffen werden.

GV Schnoor fragt, wer genau über einen Amtsaustritt entscheidet.

Frau Söller-Winkler erklärt, dass die Mitarbeiter des Innenministeriums die Vorarbeiten durchführen. Unter Betrachtung dieser Vorarbeiten trifft der Innenminister dann die abschließende Entscheidung.

GV Hadelers sagt, man muss die finanziellen Aspekte betrachten. Wenn die nötigen Zahlen vorliegen, wird Ascheberg eine entsprechende Entscheidung fällen. Es wurden drei Fragen an das Innenministerium gerichtet. Es wird um Beantwortung gebeten.

Frau Söller-Winkler teilt mit, dass die Fragen eingegangen sind und entsprechend von Herrn Petersen beantwortet werden.

Herr Petersen erläutert und beantwortet die folgenden Fragen:

Frage 1a: Ist bei der Regelung „Amtsdirektor“ ein neuer Vertrag nötig?

Frage 1b: Müssten diesem neuen Vertrag alle Gemeinden zustimmen?

Antwort: *Zunächst einmal ist der Einsatz eines Amtsdirektors nicht möglich, solange die Gemeinde Bosau geschäftsführend ist. Ein neuer Vertrag oder eine Vertragsänderung ist nicht nötig, da die Option des Amtsdirektors bereits im bestehenden Vertrag vorgesehen wurde. Es müsste allein die Hauptsatzung geändert werden.*

Frage 2: Kann eine Gemeinde aufgrund der Änderungen aus dem Amt austreten (Kündigung nach § 9 des Vertrages)?

Antwort: *Bei einer Kündigung des Vertrages würde die Geschäftsführung durch Bosau genommen werden. Das Amt würde aber weiter so bestehen bleiben und Ascheberg wäre weiter amtsangehörig.*

Frage 3: Ist ein Vertrag nach § 19a GKZ mit der Stadt Plön möglich?

Antwort: *Nicht, solange die Gemeinde amtsangehörig ist. Das Innenministerium entscheidet.*

GV Pieters möchte wissen, wie der Sachstand bei der Modifikation der Amtsordnung ist.

Frau Söller-Winkler gibt bekannt, dass das Urteil am 26.02.2010 zu erwarten ist.

GV Pieters erkundigt sich, ob die Änderungen dann nur für die Zukunft gelten.

Frau Söller-Winkler bejaht dieses.

Christiane Coenen führt aus, dass das Amt der Stadt Plön eine Einamtung angeboten hat. Die Stadt Plön will dieses aber auf keinen Fall. Das ist eine verfahrene Situation. Wie soll man nun vorgehen, um ein Zeitfenster zu finden, welches die Möglichkeit bietet, das Vorgenommene zu realisieren, ohne einzelnen Personen „auf die Füße zu treten“? Gibt es hier Erfahrungswerte?

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Frau Söller-Winkler gibt an, dass dieses bei noch längerfristig geltenden Amtszeiten sehr kompliziert ist. Eine Steuerung ist schwierig. Das Ministerium möchte hier auch keine Steuerung vornehmen, da die örtlichen Situationen nicht ausreichend bekannt sind. Das Ministerium ist nur als Beobachter aktiv.

GV Hadelers hätte gern gewusst, welche Eckkriterien bei der Entscheidungsfindung wichtig für oder gegen eine Ausamtung sind.

Frau Söller-Winkler erklärt, dass es keine Eckkriterien gibt, die hier genannt werden könnten. Das Amt in der aktuellen Konstellation ist ein Erfolg der Verwaltungsstrukturreform. Und es ist eher Ziel und Wunsch, Ämter zusammenzufügen als auseinanderzureißen.

GV Hadelers äußert, dass sich das Verfahren schon über geraume Jahre hinzieht. Es ist eine festgefahrene Situation. Es wurden zahlreiche Möglichkeiten gestartet und einige Modelle vorgestellt. Viele Vorschläge sind unterbreitet worden, doch es gibt keinen festen Weg. Der Prozess ist blockiert. Die Gemeinde Ascheberg hat in dieser Angelegenheit zum eigenen Wohle zu entscheiden. In dieser Situation müssen Wege zur Verbesserung für die gemeindliche Situation gefunden werden. Die Gemeinde sucht danach und wird im Wege der Selbstverwaltung entsprechende Entscheidungen treffen.

Frau Söller-Winkler merkt an, dass es das gute Recht der Gemeinde Ascheberg ist, Selbstverwaltung zu betreiben. Fraglich ist nur der Umgang mit diesen kommunalen Entscheidungen.

BM Dr. Vogt erkundigt sich, wohin denn die Mindestgröße der Einwohnerzahlen läuft. Gibt es bereits Ideen in den Schubladen des Gesetzgebers? Kann durch eine Erhöhung der Einwohnerzahlengrenze eventuell ein Ruck in die richtige Richtung gegeben werden?

Frau Söller-Winkler teilt mit, dass hier nichts bekannt ist. Es werden im Bereich der Verwaltungsstrukturreform sicherlich weitere Reformen folgen, wenn Verbesserungen möglich sind. Etwas Konkretes ist aber nicht bekannt.

GV Schmoor weist auf das Projekt Bönebüttel hin. Es wird um einen Vergleich zwischen Bönebüttel und Ascheberg gebeten.

Herr Petersen zeigt auf, dass bei der Gemeinde Bönebüttel ganz andere Voraussetzungen vorgelegen haben. Eine Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Neumünster war absolut nachvollziehbar. Solche Einzelentscheidungen kann man nicht verallgemeinern; es gilt § 2 der Amtsordnung. Viele Faktoren spielen eine Rolle und Bönebüttel war ein besonderer Fall.

BGM Runge möchte wissen, ob die Gemeinde Bönebüttel mit der Lösung zufrieden ist.

Herr Petersen erklärt, dass die Gemeinde - zumindest laut Presse - zufrieden ist. Jedoch muss über einige Jahre beobachtet werden, um die Entwicklung zu sehen.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Dr. Henning Höppner erläutert, dass die Stärkung des Amtes das Ziel ist. Ist es aber überhaupt denkbar, dass eine Stadt wie Plön künftig ehrenamtlich verwaltet wird?

Frau Söller-Winkler teilt mit, dass das Innenministerium die Einamtung der Stadt Plön weder fordert noch forciert. Das Innenministerium wird dieses aber unterstützend begleiten. Beim Amt besteht derzeit kein Handlungsdruck. Das weitere Verfahren ist eine Gremienentscheidung. Die Amtsordnung lässt diverse Möglichkeiten zu. Bei einer Einamtung der Stadt Plön ist laut § 48 AO trotzdem ein hauptamtlicher Bürgermeister möglich. Diese Regelung ist für solche Sonderfälle gedacht.

Dr. Henning Höppner erkundigt sich erneut, ob eine ehrenamtliche Verwaltung mit einem Status, wie Plön ihn inne hat, ohne eigene Verwaltung sein kann.

Frau Söller-Winkler erklärt, dass sie nicht weiß, was dagegen sprechen könnte. Die planerischen Funktionalitäten würden nicht beeinträchtigt werden.

Dr. Henning Höppner wirft ein, dass Dotationen bestehen, die ausschließlich für die Stadt Plön gelten.

Frau Söller-Winkler sagt, es gibt hier nicht nur Schwarz und Weiß. Sie behauptet, dass dieses nicht nur mit einer eigenen Verwaltung möglich ist.

Thorsten Pfau weist auf die bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Rechte und Pflichten bei einem Zusammenschluss vom Amt und der Stadt Plön hin. Die Schuldenübernahme, der Personaleinsatz und andere Details sind noch nicht klar.

Herr Petersen teilt mit, dass die Schulden immer körperschaftsbezogen sind. Eine Verwaltungsgemeinschaft ändert hieran nichts. Bei Personalangelegenheiten ist es nach GKZ möglich, ein Mitspracherecht einzurichten.

GV Pieters fragt an, wer der Gemeinde bei der Formulierung eines Austrittsantrages zur Seite steht.

Frau Söller-Winkler erläutert, dass hier der Sachverstand eines Dritten nötig ist. Verweise sind schwierig.

BGM Runge möchte wissen, ob die Gemeinde Ascheberg bei einem Amtsaustritt Personal mitnehmen müsste.

Herr Petersen erklärt, dass dieses eine Frage der Auseinandersetzung ist. Die Gemeinde kommt aber sicherlich nicht zum „Null-Tarif“ aus dem Amt heraus. Die Kommunalaufsicht entscheidet. Alles ist vertraglich regelbar. Wenn eine Einigung nicht möglich ist, entscheidet die Kommunalaufsicht.

BGM Runge bedankt sich bei allen Anwesenden für die rege Teilnahme und wünscht einen guten Heimweg.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

BÜRGERMEISTER

Joachim Runge

PROTOKOLLFÜHRERIN



Hellen Harder

Anlage zum Protokoll:

Teilnehmerliste Einwohnerversammlung

Einwohnerversammlung
 der Gemeinde Ascheberg am 25. Januar 2010 um 19:00 Uhr
ANWESENHEITSLISTE

Ifd. Nr.	Name, Vorname
1	Fackler, Rainon
2	LINKE, Matthias
3	Schmoos, Thure
4	V. MELLENTHIN, Herbert
5	Pietrus, Frank
6	Konglet, Jochen
7	Widmer, Armin
8	Wolfgang Rauch
9	Udo Jostler
10	Werner Brinkmann
11	Brinkmann, Hamelore
12	Borchert, Harald
13	Borchert, Hartmut
14	Jurgens, Auke
15	KARP, STEPHANIE
16	Jurgens, Horst
17	Hoge, Klaus
18	Gudejost, Rumenik
19	Gudejost, Hans
20	Seech, Erid

Einwohnerversammlung
 der Gemeinde Ascheberg am 25. Januar 2010 um 19:00 Uhr
ANWESENHEITSLISTE

Ifd. Nr.	Name, Vorname
21	Gamm, Christiane
22	Stall, Peter
23	Sogge, Volker
24	Voyt, Johannes
25	Gast, H.-Jürgen
26	Schur, Oliver
27	Mayer, Karl
28	Boite, Andreas
29	Bier, Klaus
30	Siesels, Andreas
31	Siebel, Brent
32	Rueske, Michael
33	Ina Treimer
34	Telma Weis
35	Saggen, Angelica
36	Kath, Heinrich
37	Stans Albert Stowalch
38	Meier Hubert
39	Seyfarth Margarete
40	Mewes Thomas

Einwohnerversammlung
 der Gemeinde Ascheberg am 25. Januar 2010 um 19:00 Uhr
ANWESENHEITSLISTE

Ifd. Nr.	Name, Vorname
41	Kowalitz, G. H. H. e
42	v. Fürstberg, Christoph
43	Nagel, G. o. j.
44	Hintz, Johannes
45	Sohn, Hann, Werner
46	Lehnhardt, Martin
47	Jahn, Volker
48	Tünzel, Udo
49	Beiruth, Holger
50	Witke, Nicker
51	Olson, Johann
52	Klein, J. e. t. e
53	FLESSNER, SOLHEIN
54	Kraack, Eggert
55	Baumann, Anja
56	Kraack, Bernd
57	Janowski, Patrick
58	Westphal, Jörn
59	Reinhard, Beate
60	Julia, Tor

Einwohnerversammlung
 der Gemeinde Ascheberg am 25. Januar 2010 um 19:00 Uhr
ANWESENHEITSLISTE

Ifd. Nr.	Name, Vorname	
61	Lohmann H.-H.	
62	Probenäcker, Hans	
63	Küttner, Heins	
64	Schroor, Gerst.	
65	Schmoor, Tarben	
66	Rungel, Andreas	
67	Köhler, Nils-Henrik	
68	Köhler, Silke	
69	Secker, H-Walter	
70	Seher, Roswitha	
71	Miturer, Burghard	
72	Neugebauer, Rudolf	
73	Behrens, H.-J.	
74	Ederer, Claus	
75	Ralf Schilling	
76	Söllr-Winnik, Anneli	
77	Lea-Maria Schmitt	
78		
79		
80		